

**Erscheint täglich mittags**  
Redaktion, Verwaltung und Inseraten-  
aufnahme: Innsbruck, Merggasse 12.  
Gesamte:  
Redaktion: Nr. 807.  
Verwaltung und Druckerei: Nr. 808.  
Telegramm-Adresse:  
Volks-Zeitung Innsbruck.  
Postpartassentkonto: Administration der  
„Volks-Zeitung“, Innsbruck, Nr. A-9.760  
Inserate werden nur nach Tarif über-  
nommen. Anzeigen von außerhalb Tirol  
und Vorarlberg werden nur durch unseren  
„Verbedienst“ für österreichische Zeitungen  
und Zeitschriften, Wien 1, Wollzeile 16,  
übernommen.

# Volks-Zeitung

Sozialdemokratisches Tagblatt für Tirol

B.b.b.

**Einzelnummer 30 Groschen**  
Einzelnummer durch die Post 40 Groschen.  
**Monats-Bezugspreise:**  
Durch die Ausbagger in Innsbruck  
4 Schilling.  
Zum Abholen in den Vertriebsstellen  
in Innsbruck 3.60 Schilling.  
Auswärts durch die Kolportage und  
durch die Post für Deutsch-Österreich  
4 Schilling.  
Für Deutschland 6 Schilling.  
Für das übrige Ausland 8 Schilling.  
Die Samstagsnummer als Wochenblatt  
vierteljährlich 3 Schilling.  
Postzeitungsliste 523

Eigentümer, Herausgeber, Druck und Verlag: Innsbrucker Buchdruckerei und Verlagsanstalt. — Für die Redaktion verantwortlich: Josef Menzel. — Samstags in Innsbruck, Merggasse 12.

Nr. 270

Innsbruck, Dienstag den 24. November 1931.

39. Jahrgang

## „Nun kennen viele sich nicht mehr aus.“

Bregenz, 23. Nov. Landeshauptmann Dr. Cnder begrüßte den Vorarlberger Landtag, der heute zu seiner Herbsttagung zusammengetreten ist, mit einer kurzen Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Nun kennen viele sich nicht mehr aus. Manche halten es für gut, wenn Bürger gegen Bürger die Waffen erheben, oder sehen die Rettung in der Wiederkehr eines Kaisers. Armer Kaiser, der die erwarteten Wunder wirken soll. Eine Gruppe junger Menschen folgt blind einem Mann und schenkt seinen Worten kritiklos Gehör. Vielfach scheint man zu glauben, daß Republik und Demokratie Garantien dafür seien, daß wir nur gute Tage sehen, und man vergißt ganz, daß sich die demokratische Gesinnung gerade in den Tagen der Not und Gefahr durch eine besonders aufrechte Haltung der Bürger bewähren muß. Eine falsche Demokratie hat nicht ohne Mitschuld der Parlamentarier und der Regierungen in weiten Kreisen die Meinung gezüchtet, der Wohlfahrtsstaat müsse für jeden in jeder Lage sorgen und stets hilfsbereit sein mit Geld, Lebensmitteln und Arzneien, mit billiger Fahrgelegenheit und Gratis-Sommerfrischen bei der Hand sein. Eine österreichische Spezialität scheint es auch zu werden, daß man die Parlamentarier und die Regierungen als das Freiwild und die Sündenböcke betrachtet, gerade recht, um sie zu beschimpfen und zu verleunden. Diese Verirrung sei von uns

Vorarlbergern ferne. Alle Gewalt ist von Gott, im Bund und im Lande. Die Träger der Autorität wählen wir in der Republik selbst, und wir wollen sie nach der Wahl achten. Wir wahren uns diese Autorität selbst am besten, wenn wir nicht um die Gunst von Gruppen unseres Volkes buhlen, sondern das Wohl des Landes, das Wohl der Volksgemeinschaft als einzige Richtschnur kennen. Dann können wir auch hoffen, daß der Herrgott unsere Arbeit segnet.

Der Landeshauptmann teilte noch mit, daß die Winterhilfe in Vorarlberg den Weg über die Gemeinden nehmen werde. Die Punkte der umfangreichen Tagesordnung wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen.

### Der Vorarlberger Landeshaushalt aktiv.

Bregenz, 23. Nov. Der dem Landtag vorliegende Rechnungsabschluß des Landeshaushaltes 1930 weist bei Gesamteinnahmen von 8.693.017 S und bei Gesamtausgaben von 8.018.542 S ein Aktivsaldo von 673.475 S auf. Der Bericht des Rechnungshofes über die Ueberprüfung der Gebarung hebt hervor, daß die Gesamtgebarung gegenüber dem Voranschlag um 1.072.610 S sich günstiger gestaltet habe. Er verweist mit besonderer Befriedigung auf dieses günstige Ergebnis, das neuerdings von der Sparamen und vorsichtigen Haushaltung in Vorarlberg Zeugnis gebe.

## Preffekorrption und Creditankalt.

Wien, 23. Nov. In einzelnen Blättern ist bezüglich der Presse im allgemeinen und der in Wien tätigen auswärtigen Berichterstatter die Andeutung gemacht worden, sie hätten für Veröffentlichungen in Angelegenheit der Creditankalt von dieser Zuwendungen erhalten. Der Verband der auswärtigen Presse hat heute in einer erweiterten Vorstandssitzung einstimmig beschlossen, an ein bestimmtes Wiener Blatt das Ersuchen zu richten, den Namen jenes Wiener Vertreters eines der größten ausländischen Nachrichtenbüros zu nennen, der nach dessen Angabe zu dennehmenden des von der Creditankalt geschaffenen Fonds gehören soll. Weiters wendet sich der Vorstand des Verbandes der auswärtigen Presse an die Generaldirektion der Creditankalt mit dem Ersuchen, ihre Verlautbarung, die von der Durchführung eines Informationsdienstes spricht, dahin zu ergänzen, daß kein Mitglied des Verbandes der auswärtigen Presse dazu herangezogen wurde.

Wien, 23. Nov. Zu den Ausschickungen des Verbandes der auswärtigen Presse und des Verbandes der englisch-amerikanischen Presse in Angelegenheit der Creditankalt ersucht die Organisation der Wiener Presse um folgende Feststellung:

Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ hat das ihr in dieser Angelegenheit zur Verfügung stehende Material bereits gestern der Organisation der Wiener Presse zur Kenntnis gebracht, die die Angelegenheit auf das allerhöchste verfolgen und vor aller Öffentlichkeit klarstellen wird.

## Razi und französische Regierung.

München, 23. Nov. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: In der ausländische Presse werden Nachrichten verbreitet, wonach die Nationalsozialisten mit der französischen Regierung in Verhandlungen stünden über Fragen, die die Einstellung Frankreichs zur nationalsozialistischen Bewegung betreffen. Demgegenüber ist festzustellen, daß weder der Führer der NSDAP. noch irgend ein von ihm Beauftragter zu irgendwelchen Verhandlungen an Frankreich herangetreten ist.

## Beibredung der deutschen Reichsregierung mit den Parteiführern.

Berlin, 23. Nov. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald bemühten sich in der Parteiführerbesprechung, die Befürchtungen der Sozialdemokraten zu entkräften. Man müsse die Ankündigung der Lohnsenkung im Zusammenhang mit der Erklärung lesen, daß Preise und Löhne in Uebereinstimmung miteinander gleichzeitig herabzusetzen seien, aber man werde um die Lohnreduzierung angesichts der durch die englische Pfundsenkung und die ausländischen Zollerhöhungen bewirkten Exporterschwerungen nicht herumkommen. Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister Schiele sagte die Reichsregierung bindend zu, daß der frühere Brotpreis wieder hergestellt werden soll und daß eine Verbilligung von Fleisch für Arbeitslose um 30 Pf. pro Pfund beabsichtigt sei. Schließlich wurde die Finanznot der Inva-

lidensversicherung erörtert. Der Reichsfinanzminister sagte seine Mitwirkung bei der Behebung der bestehenden Kassenschwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu.

Berlin, 23. Nov. (WDZ.) Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatten heute abends eine längere Beisprechung mit Reichskanzler Dr. Brüning. Fraktionsvorsitzender Dr. Breitscheid warnte die Regierung vor den wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Fortsetzung der einseitigen Lohnsenkungspolitik nach sich ziehen müßte. Weiters wurden die Fragen der Agrarpolitik und der Sozialpolitik, insbesondere der Invalidenversicherung, besprochen.

## Es freilten die Berge und es ward ein Mänslein geboren.

Berlin, 23. Nov. (GNB.) Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand heute vormittags die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung statt. Reichskanzler Dr. Brüning berichtete über den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen. Reichsbankpräsident Dr. Luther und die beteiligten Reichsminister machten ergänzende Ausführungen. Reichskanzler Brüning sagte u. a.:

Der Wirtschaftsbeirat stellte sich auf den Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischen Charakters abzulehnen seien, bei der Aufgabe, die Aufwendungen der gesamten deutschen Wirtschaft an die durch Währungsverhältnisse und andere Gründe bedingte Preisentwicklung auf dem Weltmarkt anzupassen. Zur Frage der Preisbildung sei es notwendig, insbesondere die gebundenen Preise einem neuen Preisniveau anzupassen. Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogrammes erscheine eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Dabei müsse der Grundsatz des Tarifvertrages erhalten bleiben. Auf dem Gebiete des Schlichtungswesens sei eine veränderte Handhabung notwendig. Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft hält der Wirtschaftsbeirat eine Herabsetzung der Mieten zur Anpassung an die verminderten Einkommen für geboten.

Das Ende der Wohnungswirtschaftswirtschaft sei weiter vorzurücken, dabei jedoch das soziale Mieterrecht für Inhaber kleiner und kleinster Wohnungen und für kinderreiche Familien sicherzustellen. Eine sofortige völlige Aufhebung der Hauszinssteuer erscheine nicht möglich, jedoch sei gestaffelter Abbau wünschenswert. In seinem Bericht der Arbeiten der Ausschüsse zum Kapitel „Kredit“ führte der Reichskanzler aus: Der Wirtschaftsbeirat bekräftigt die Auffassung der Reichsregierung und der Reichsbank, daß alle Maßnahmen abzulehnen sind, die zu einer Inflation führen könnten. Er ist demzufolge der Auffassung, daß alle notwendigen Kreditmaßnahmen im Rahmen der Organisation der Reichsbank durchgeführt werden müssen. Aufgabe der Reichsregierung und der Reichsbank ist es auch, alle erforderlichen und möglichen Maßnahmen zur Stärkung des Devisenvorrates zu treffen. Nur die Herabsetzung aller Aufwendungen könne eine gesunde und solide Grundlage für die Wirtschaft schaffen und damit eine Wiedereinschaltung der Millionen von Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess ermöglichen. — Reichspräsident von Hindenburg schloß hierauf die Tagung mit einer Ansprache.

## Zeitlupe.

„Die Sprache ist dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen.“ Dieses seine Wort eines gerissenen Diplomaten gilt mit einem Minus-Vorzeichen für die politischen Köpfe, die heute aus dem Chaos als „Rettter“ herauswachsen und durch ihre Reden beweisen, daß die Sprache, u. zw. um so mehr, je lauter und radikaler sie ist, ihnen nur dient, um Gedankenlosigkeit zu verbergen. Je gedankenloser jemand heute spricht, je mehr er aber schimpft, wettert und bis zu Erzeffen sich steigert, desto mehr kann er des Beifalles eines Teiles des Publikums, vor allem des wildgewordenen Speiekers, sicher sein. Ehrliches Programm ist nichts, wüßtes Pogrom alles. Eines geradezu trampelnden Beifalles konnte deshalb gerade ein Mehgermeister sicher sein, dessen kurzer Rede „tiefer“ Sinn der war: „Man reiche mir die dreimal verteuerten Parlamentarier, ich garantiere für kunstgerechte Abschachtung!“ An dieser klassischen Rede verblaffen selbst die mehr dunklen Drohungen der Hitlerleute vom „Köpfenrollen“, von der Nacht der langen Messer, die anbrechen wird, und verschwindet selbst der österreichische Reford eines Stahemberg, der den Kopf jenes Ajiaten in den Sand rollen und das Parlament mit Ohsenzimmer auseinander treiben wollte.

Im Redewettbewerb der neuen Politiker hält jedenfalls der biedere Tiroler Mehgermeister aus Landeck den Reford. Deutschland, das Volk der Dichter und Denker, wohin bist du verschwunden? Die neue Zeitströmung will aus ihm wohl ein Volk der Schinder und Henker machen!

Die Christlichsozialen geht bereits das Grausen an über die Sprache der neuen Zeit. Die Geister, die sie einst riefen gegen den „Marxismus“, spuken nun im eigenen Lager unheilvoll herum und die Flinten, denen sie gegen die Sozi das Pulver beigelegt hatten, knallen nach rückwärts los. Und dem schuldigen Mann geht's Grausen an und man beschwört und wettert gegen den neuen Zeitgeist, Zeitgeist kann man's eigentlich nur mit Widerstreben nennen, wie M. Prof. Gamper lektin im „T. A.“, wo es heißt:

„Radikal reden ist die große Mode, dem Radikalen gehört die Gegenwart, dem Radikalen die Zukunft. Jeder, gar jeder hat heute Grund, radikal zu sein: dem Beamten geht's schlecht, dem Bauern geht's schlecht, den erwerbenden Ständen geht's schlecht, dem Arbeitslosen geht's schlechter, dem Ausgesessenen geht's am schlechtesten. Selbst dem Kapital geht's übel, es weiß nicht, in welchen Winkel der Welt es flüchten soll, um sicher zu sein.“

Und nun reden wir offen:

Wer führt in erster Linie die Verwirrung der Geister und nützt die gegenwärtige Not aus, im Trüben Trübes zu stiften?

Es sind im wesentlichen zwei dunkle Mächte: der sterbende Weltkapitalismus und der erwachende Kommunismus.

Die erwerbenden Stände, hinter denen das Kapital steht, hatten die Vormacht in den öffentlichen Körperschaften bis zur Errichtung der allgemeinen Volkswahlen, seither ist ihre Vormacht gebrochen.

Seither hat das Kapital begonnen, die Vertreter des Volkes zu kaufen, und wo dies nicht möglich ist, wird nach dem Grundsatz vorgegangen: „Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt“ und dingt Söldner oder Wanderredner, die Vertreter des Volkes so oder so zu beseligen.“

Spät erst ist Herr Prof. Gamper daraufgekommen, daß das Kapital Vertreter des Volkes kauft. Herr Gamper meint damit zweifellos in erster Linie die nationalsozialistische Partei, die vom deutschen Kapital ausgehalten wird. Aber sind solche vom Kapital gekauften Subjekte nicht auch in der eigenen Christlichsozialen Partei — gewesen und noch heute? Sollen wir mit Namen dienen? Sollen wir schwachgewordene Erinnerungen an christlichsoziale Kandidaten des Industriellenverbandes und andere parlamentarische Klopfflechter für kapitalistische Interessen auffrischen? „Der sterbende Weltkapitalismus“ hatte auf österreichischem Boden keine verdienstvolleren Ärzte und Pfleger als die Christlichsozialen. Nicht ganz uneigennützig hat lange Jahre eine Hand die andere gewaschen und sind beide nicht rein davon geworden. Belege hierfür fliegen einem geradezu auf die Finger. Freilich, heute können die Christlichsozialen z. B. mit den Razi kaum noch konkurrieren, heute ist der Söldnertruppführer gesuchter als der parlamentarische Florettstecher.

Herr Burech redet Ruhe und Herr Burech redet Optimismus. Auf der Tagung der Raiffeisenkassen für Niederösterreich sah er bereits den berühmten Stresemannschen Silberstreifen am Horizont, er glaubt den Höhepunkt der Krise überwunden. Was ist's, daß man heute Optimistisches, Zuversichtliches, Trostvolles gar nicht einmal hören will?

um ein paar Kupfermünzen gekauft, als es mit Resten von Mauerputz auf einen Mistablagungsplatz geführt wurde. Benda verramschte es jetzt nur, weil er, ein alter Mann, keine Lust mehr an der Sammlertätigkeit hat.

**Schwerfuhwerk und Schnellzug.**

Wien, 23. Nov. Nächste der Station Brunn am Gebirge der Südbahn erfolgte heute früh ein Zusammenstoß zwischen einem nach Wien verkehrenden Schnellzug und einem Schwerfuhwerk. Die Insassen des Wagens, der Rutscher und zwei Mitfahrende, ein Mann und eine Frau, wurden aus dem Wagen geschleudert. Der Rutscher erlitt schwere Verletzungen am Kopfe, die anderen Personen wurden gleichfalls verletzt.

**Eine Muttat in Wiener Neustadt.**

Samstag abends hat der Raubfanglehrergehilfe Oswald Dilacher gegen seinen Chef, den Raubfanglehrermeister Ignaz Haislbauer, der ihm im Verlauf eines Streites kündigte, zwei Revolvergeschosse abgefeuert und ihn schwer verletzt. Dilacher ergriff die Flucht und wurde von einem Wachbeamten, den er gleichfalls mit dem Revolver bedrohte, durch Säbelhiebe überwältigt. Da Dilacher Selbstmordabsichten äußerte, wird er besonders streng bewacht. Er wird dem Kreisgericht Wiener Neustadt eingeliefert.

**Statt Waffen — zehn Gebote für Geldbriefträger.**

Die häufigen Überfälle auf Geldbriefträger haben bei diesen Beamten den Wunsch hervorgebracht, mit Waffen ausgerüstet zu werden. Die berufenen Stellen denken jetzt also darüber nach, ob dieses Verlangen erfüllt werden kann und wie. Sollen die Geldbriefträger mit Revolvern oder mit Gummisticks versehen werden — das macht den Kompetenzen Schwierigkeiten. Gegen die Gummisticks hat die Polizei schon Bedenken geäußert: auf dieses Hoheitszeichen der Brutalität erhebt sie allein Anspruch. Die letzte Entscheidung liegt beim Innenministerium, so daß also bis zur Erledigung noch eine gute Weile vergehen wird. Um nun den Geldbriefträgern irgend etwas zu geben, hat sich die Postverwaltung entschlossen, den Beamten einhändigen gute Ratsschläge zu geben. Das geschieht in der Form von zehn Geboten, deren Befolgung sie angeblich vor jeder Gefahr schützen wird. Es heißt da: 1. Denke stets an die Gefahr! 2. Sei jederzeit auf der Hut und bereit, dich zu wehren! ... Womit werden sich die armen Briefträger fragen, mit den zehn Geboten? Da müßte man sie wenigstens auf Steinplatten schreiben wie ihre berühmteren Vorgänger.

**Das tote Kind im Ruchfad.**

Eine nicht alltägliche Geschichte hat sich kürzlich in der Nähe von Dachau in Bayern ereignet. Von einem Mädchen wurde ein totes Kind zur Welt gebracht. Um sich nun die Ganggebühren des Totenbeschauers zu ersparen, packte der Kindesvater kurzerhand den Leichnam in einen — Ruchfad und begab sich damit zum Leichenbeschauer, der sofort, da er ein Verbrechen vermutete, die Gendarmerie verständigte. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet, die aber ergebnislos verlief.

**Wenn ein großer Gauner erwischt wird, ist er krank ...**

Berlin, 23. Nov. Der Bankier Max Marcus, der Inhaber der Kontos gegangenen Bankfirma Marcus u. Co., gegen den die Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung und Betruges einen Haftbefehl erlassen hat, ist am Sonntag durch den Gerichtsarzt untersucht worden, der feststellte, daß Marcus infolge schwerer Erkrankung nicht hinfähig sei. Auch ein Transport in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses sei zurzeit unmöglich.

**Brand in einer Mineralölraffinerie.**

Mährisch-Ostau, 23. Nov. Heute mittags brach in der Mineralölraffinerie in Mährisch-Ostau-Oberfurt ein Brand aus, der in einem mit 300 Gekto Liter Rohöl gefüllten Kessel entzündet. Acht an der Brandstätte eingetroffene Feuerwehren mußten sich auf die Kühlung des eisernen Schornsteines beschränken, der durch die Flammen glühend geworden war und einzustürzen drohte, wodurch die Gefahr einer Entzündung einer nahen Zisterne und einer weiteren Ausbreitung des Feuers gebannt wurde. Das brennende Öl konnte aus dem Kessel abgepumpt werden. Der Kessel explodierte jedoch, wodurch das restliche Öl in Brand geriet und die Arbeiten länger hinausgezögert wurden.

**Bettler finanzieren rumänische Polizei.**

Während vor einiger Zeit in Neuhof aufgedeckt wurde, daß dort die Sittenpolizisten jahrelang Prostituierte auf das schamloseste ausbeuteten, also Hunderttausende von Dollar erpreßten hatten, kommt jetzt aus Rumänien die Meldung, daß in Czernowiz, in der Hauptstadt der Bukowina, der Referent des Bettlerdezernates seit Jahren von den Geldern einer Bettlerorganisation lebt.

Es verfielen in Czernowiz zwei gerissene Bettler — Nisner und Sacher heißen sie —, auf den Gedanken, eine regelrechte Bettlerorganisation zu gründen. Die Organisation verjah ihre Mitglieder mit Mitgliedskarten und hob Beiträge in einer gewissen Höhe ein. Von diesen Beiträgen erhielt der Referent im Bettlerdezernat der Polizei einen gewissen Anteil. Wurde nun ein Bettler aufgegriffen und auf die Polizeidirektion gebracht, brauchte er nur seine „Legitimation“ vorzeigen und er wurde freigelassen. Durch einen Zufall wurde nun die ganze Angelegenheit aufgedeckt. Die zwei Organisatoren wurden verhaftet.

**Aufforstung durch Touristen.**

In London hat man sich nicht begnügt, die „Anlagen dem Schutze des Publikums zu empfehlen“, der dortige Naturschutzverein ist noch einen Schritt weitergegangen, indem er die Reisenden zur Mithilfe bei der Aufforstung der Wälder aufruft. So werden die Besucher der „Maures“, der anmutigen Hügelkette längs der Küste des Mitteländischen Meeres ersucht, sich in den Dienst der Waldaufforstung zu stellen. Das Reisebüro in London hat einen Führer für diesen Teil der Riviera herausgegeben, und jedem Exemplar

# Ein Franziskanerpater wird ins Irrenhaus gesteckt!

**Well er mit dem Treiben der Merikalen nicht überstanden ist.**

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, wurde auf Betreiben seiner geistlichen Oberen, der Franziskanerpater Engelbert, Theologielektor Dr. Johannes Waldner, gegen seinen Willen in die Landesirrenanstalt Hall gesteckt. Der „Anzeiger“ hatte die Stirne, die Meldung der „Volks-Zeitung“ als falsch hinzustellen, und zu behaupten, Dr. Waldner sei freiwillig und sozusagen auf seinen Wunsch nach Hall überführt worden. Wir sind nun in der Lage und von dem ehemaligen Pater Engelbert ermächtigt, einwandfrei festzustellen, daß die Behauptung des „Anzeigers“ nicht den Tatsachen entspricht, diese Behauptung nur aufgestellt wurde, um die Ungeheuerlichkeit zu vertuschen, daß heute noch, genau so wie im Mittelalter,

**ein Mensch hinter Irrenhausmauern gesteckt worden kann, wenn er nicht so tanzt, wie seine geistlichen Oberen pfeifen.** Dr. Waldner übermittelt uns nämlich ein Schreiben mit der Bitte, es in der „Volks-Zeitung“ zu veröffentlichen!

## Der Hilferuf aus der Irrenanstalt.

Das Schreiben lautet: Die Merikale Presse beliebt meinen Fall so darzustellen, als ob ich auf Grund eines „eigenen Geständnisses“ freiwillig im Irrenhause Hall in Tirol sei. Dagegen stelle ich folgende Tatsachen fest:

Am 27. Oktober l. J. vormittags erklärte ich vor dem P. Provinzial Rainer von an der San in Innsbruck meinen Austritt aus der römisch-katholischen Kirche und dem Franziskanerorden; auch sagte ich ihm, daß ich in eine römfreie Kirche übertrete! Tatsächlich hatte ich schon Tage vorher meinen Anschluß an die „urchristliche Kirche“ vor dessen Bischof Timotheos und Zeugen kundgegeben. Am 28. Oktober l. J. nahm ich dann während des Mittagessens (noch in der Kantine des Franziskanerpaters!) im Speisesaal des Schwager Klosters von dem ganzen Konvent Abschied mit kurzer Angabe der Gründe und Dankesworten. Darauf zog ich das Zivilkleid an und packte meine Sachen. Kurz bevor ich gehen wollte — es war abends, während meine Schüler alle im Chöre waren — kamen Rettungsmänner und brachten mich

**durch eine Hintertüre des Klosters gewaltsam auf ein Auto und erklärten: „Herr Doktor, wir fahren nach Innsbruck zur Untersuchung Ihrer Nerven und sind bald wieder zurück!“**

Tatsächlich waren meine Nerven durch die fortwährenden theologischen Streitigkeiten mit meinen Klosterbrüdern stark ermindert — aber sicher ist dies kein Grund gewesen, mich hinter Schloß und Riegel eines Narrenhauses zu stecken!!! Will man mich nach mittelalterlicher Praxis etwa, wie es schon manch anderem römflüchtigen Priester ergangen ist, auf diese Weise unschädlich machen?

Gest am folgenden Morgen erfuhr ich zu meinem Entsetzen, daß ich mich im Haller Narrenhause befinde!

Am nicht vor den Ärzten als verrückt zu erscheinen — bekanntlich behauptet jeder Narr, er wäre kein Narr —

ein kleines Säckchen mit Fichtensamen beigegeben. Die Reisenden werden dringend ersucht, wo immer sie gehen und stehen oder Raft halten, diesen Samen auszustreuen.

## Schiffe in Seenot.

Riel, 23. Nov. Im Nordostsekanal kollidierte gestern abends das holländische Motorschiff „Maraboe“ mit dem russischen Dampfer „Sibir“. Das holländische Schiff ist gesunken. Die Besatzung konnte gerettet werden. Der „Sibir“ wurde nur unbedeutend beschädigt.

Paris, 23. Nov. Die Funkstation in Marseille hat ein Notsignal des griechischen Dampfers „Michael Embrikos“ aufgefangen, der in der Gegend von Oran in Seenot geraten ist.

## Ein Kanarienvogel erbt 3,5 Millionen Schilling.

In Philadelphia ist ein weiblicher Sonderling gestorben. Es handelt sich um die 74jährige Miß Jenny Whlson. Diese duldete außer einer alten Zofe keinen Menschen um sich. Dafür hielt sie eine Unmenge von Hunden, Katzen und Vögeln. Als nach ihrem Tod das Testament geöffnet wurde, fand man für ihren Lieblingskanarienvogel eine Widmung von 500.000 Dollar, das sind rund dreieinhalb Millionen Schilling. Für die Erhaltung der übrigen Tiere hatte sie ebenfalls namhafte Beträge ausgesetzt, die jene Verwandten bekommen sollen, die sich zur Betreuung der Tiere bereit erklärten. Den Rest ihres 42 Millionen betragenden Vermögens hat Miß Whlson ausschließlich für wohltätige Zwecke bestimmt.

## Fünf Tote bei einem Eisenbahnunglück.

Lexington (Missouri), 23. Nov. Ein Eisenbahnzug von 62 Wagen, der von einer landwirtschaftlichen Ausstellung in Kansas City Vieh nach Chicago brachte, entgleiste. Fünf Personen wurden getötet und mehrere verletzt. Zwei Wagenladungen Vieh kamen um.

## Aus Stadt und Land.

### Der Prophet Waik.

Am letzten Sonntag wurde in Hötting eine neue Merikale Verdummungsanstalt, ein schwarzes Jugendheim ihrer Bestimmung übergeben. Natürlich wirkte dabei auch der unvermeidliche Herr Waik, seines Zeichens Bischof und christlichsozialer Reflamereisender, mit. Diesmal machte der

sagte ich unter dem Drucke des äußeren Zwanges, leider eine „Jesuitenlüge“ gebrauchend: „Mir scheint, ich habe eine Art Nervenzusammenbruch erlitten!“ Diese Aussage, an die sich nun verberbenheischend die Merikalen klammern, um meine Bewegungskraft vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, widerrief ich aber bald darauf. Aus Furcht vor Weiterem gab ich die Erklärung ab, vorläufig freiwillig bleiben zu wollen, da man mir sagte, das wäre in meiner Sache das Klügere! Kurze Zeit darauf habe ich auch diese Erklärung widerrufen und auch eine Gerichtskommission verlangt! Besonders in der ersten Woche war meine Lage schwer und ich kam von Glück reden, daß ich hier nicht einen wirklichen Nervenzusammenbruch erlitten habe. Meine Gesundheit nimmt allerdings durch schwere seelische Kränkungen und die Gefangenschaft spürbaren Schaden. Sichtliche Erleichterung brachten mir die selbstlosen Bemühungen meiner Freunde, meine Lage zu verbessern. Großen Trost gewährte es mir auch, zu sehen, daß der Kreis meiner Freunde mit jedem Tage wächst.

**Bei der Gerichtskommission am 17. November erklärte mir der untersuchende Arzt, nach seiner Beobachtung sei ich geistig normal!**

Trotzdem befinde ich mich noch immer im Narrenhause, und wie es den Anschein hat, will man mich sogar erzmündigen. Auch möchte man mir den äußeren Anschluß an meinen Bischof und meine neue Kirche verwehren.

Aus all dem geht hervor, daß ich nicht mehr römisch bin und daß ich zwangsweise hierhergebracht wurde und nun hier bin. Aber ich protestiere hiemit öffentlich gegen die widerrechtliche Beraubung meiner persönlichen Freiheit und bitte auf diesem Wege alle meine Freunde und rechtlich denkenden Menschen, für diese Wiedererlangung meines primitivsten Menschenrechtes — der Freiheit — einzutreten. Ich wende mich vor allem an die sozialistische Presse, weil ich mit Leib und Seele auf Seite der Arbeiterschaft stehe.

Merkwürdig ist auch folgende Tatsache: Die Franziskaner können auf Grund eines eigenen Privileges „ihre Narren“ auf Landeskosten hier im Irrenhause verpflegen lassen, die „Hochwürdigen“ in II. Klasse — und die „Chrwürdigen“ in III. Klasse; also aus Steuergeldern des Volkes!

Auch ich werde als „Franziskaner“ hier verpflegt. Da ich aber keiner mehr bin, verstehe ich nicht, wieso mich die Franziskaner auf Landeskosten (!) hier verpflegen lassen können.

Dr. Johannes Waldner (ehemals Pater Engelbert, Theologielektor).

So weit dieses Schreiben, das einen geradezu ungeheuerlichen Skandal bestätigt. Wir behalten uns vor, sollte man weiter darauf beharren, einen Menschen deshalb der Freiheit zu berauben, bloß weil er es mit seinem Gewissen nicht mehr vereinbaren kann, fernerhin in der Franziskanerkutte zu bleiben, noch tiefer in die Franziskanerhässlichkeit hineinguleuchten!

Herr in Prophetie. Er sagte nämlich in einer Ansprache unter anderem:

„Wer Christus auf Erden bekennt, den wird der Richter auch am Jüngsten Tag auswählen. Es wird an jeden die Frage herantreten, wie er Christus auf Erden bekannt hat. Jenen, die sich zum Sozialismus, Liberalismus, Kommunismus oder Nationalsozialismus bekennen, wird Christus als Richter entgegenhalten: „Wer sich nicht zu mir bekennt, der ist wider mich.“

Der Prophet Waik in allen Ehren, wir aber fürchten, daß vor allem Herr Waik, trotz seiner 100 Kilo Lebendgewicht, am „Jüngsten Tag“ als „gewogen und zu leicht befunden“ taxiert werden dürfte. Denn gerade mit dem Christentum des Herrn Waik läßt sich verdammt wenig Staat machen!

## Antrittsvorlesung Dr. Reut-Nikolussi.

Der Bundesminister für Unterricht hat den Beschluß des Professorenkollegiums der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Innsbruck, womit dem Dr. jur. Eduard Reut-Nikolussi die Lehrbefugnis für Völkerrecht erteilt wurde, bestätigt. Privatdozent Dr. Reut-Nikolussi hält seine öffentliche Antrittsvorlesung „Die Bedeutung des Haager Rechtsgutachtens über die deutsch-österreichische Zollunion für die Entwicklung des Völkerrechts“ Freitag den 27. ds. von 12 bis 1 Uhr im Juristischen Hörsaal IV (neues Universitätsgebäude, Erdgeschoß rechts).

## Ein Arzt vom Ehrenrat der Tiroler Ärztekammer verurteilt.

Im „Tiroler Arztblatt“ vom 20. ds. lesen wir: „Der Ehrenrat der Tiroler Ärztekammer hat in seiner Sitzung vom 3. September 1931 den Röntgenarzt Doktor Franz Mignon in Innsbruck wegen standeswidrigen Verhaltens zu einer Geldstrafe von 500 S verurteilt und ihm den Rückersatz der Kosten des ehrenrätlichen Verfahrens im Betrage von 225 S auferlegt.“

Mignon hat gegen dieses Ehrenratserkenntnis Beschwerde erhoben.

Das Amt der Landesregierung weist nunmehr diese Beschwerde als unbegründet ab und bestätigt das gegen Dr. Mignon erlassene Ehrenratserkenntnis.

Die dem Dr. Mignon vom Ehrenrate zur Last gelegten Verfehlungen lassen sich in zwei Gruppen einteilen. n. m.: 1. in solche, die den Verdacht des Betruges erwecken und daher das Einschreiten der Staatsanwaltschaft ver-